

EDITORIAL

Zum sechzigsten Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes konnte man Umfragen entnehmen, dass drei Viertel der Deutschen stolz auf ihre Verfassung sind. Ob man die Tatsache, dass es unter den ostdeutschen Befragten zwei Drittel waren, als beachtliche Leistung demokratischer Sozialisation in den letzten zwanzig Jahren ansieht oder als Krisenzeichen für die politische Stabilität – fest steht, dass von einem demokratischen Grundkonsens zwischen West- und Ostdeutschen (noch) nicht gesprochen werden kann. Dies belegen auch die Daten, die *Oskar Niedermayer* in diesem Heft der ZParl präsentiert. Danach stehen etwa neun von zehn Deutschen der Idee der Demokratie positiv gegenüber, und die große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt auch die spezifische bundesrepublikanische Form der Demokratie. Mit ihrem aktuellen Funktionieren hingegen ist die Mehrheit unzufrieden. Und immer zeigt sich deutlich geringere Intensität der Befürwortung und der Zufriedenheit im Osten des Landes. Demokratie braucht beides: Loyalität und Kritikbereitschaft. Aber wenn nur noch eine Minderheit (32 Prozent im Osten, 47 Prozent im Westen) mit der politischen Ordnung rundherum zufrieden sind, so *Niedermayer*, sind Legitimationsprobleme nicht mehr von der Hand zu weisen.

In ähnliche Richtung deuten die Befunde *Oscar W. Gabriels* und *Lisa Schöllhammers*. Das Vertrauen in den Bundestag und die Abgeordneten hat seit den 1980er Jahren deutlich abgenommen. Zwar überwiegt im Westen in der Regel das Vertrauen das Misstrauen; in den neuen Bundesländern ist dies aber nicht der Fall. Dabei ist das Kriterium der Leistungsfähigkeit maßgeblich: Weil die Deutschen die Arbeit der Wahlkreisabgeordneten kritischer bewerten, weil sie diese für weniger bürgernah halten und ihnen die Medien ein negativeres Bild von deren Leistungen vermitteln als von jenen des Bundestages, vertrauen sie den Parlamentariern (noch) weniger als dem Parlament als Ganzem.

Das sinkende Vertrauen in die politischen Institutionen setzt *Joachim Behnke* in Beziehung zu den Wertvorstellungen der Bürger und ihrer Wahrnehmung, wie die Werte der Politiker beschaffen sind. Ehrlichkeit, Respekt vor anderen und Verantwortung für das eigene Handeln sind den Befragten selbst am wichtigsten; und diejenigen, die vermuten, dass diese Werte den Politikern am wenigstens wichtig sind, zeigen das geringste Vertrauen in politische Institutionen, etwa in die Bundesregierung.

Politische Unzufriedenheit führte in der Vergangenheit auch zu sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien. Dieser Trend setzte sich 2008 für SPD und Union fort. Die Details dieser Entwicklung hat *Oskar Niedermayer* in bewährter Weise für die ZParl aufbereitet. Die schon nach einem Jahr erfolgte Neuwahl des Hessischen Landtags analysieren *Rüdiger Schmitt-Beck* und *Thorsten Faas*. Sie zeigen, wie und warum für die SPD dem „Desaster der misslungenen Regierungsbildung“ das „Desaster am Wahlabend“ folgte. Welche Regierungsbildung das veränderte Parteiensystem und Wählerverhalten nach der anstehenden Bundestagswahl zulassen wird, hängt letztlich von der Koalitionswilligkeit der Parteien ab. Diese kann, wie jüngst das hessische Beispiel gezeigt hat, nicht nur erleichtert, sondern auch erschwert werden von Koalitionsaussagen, die vor der Wahl gemacht werden. Für deren systematische Erforschung liefert *Frank Decker* eine Forschungsskizze. Ein Autorenteam um *Marc Bühlmann* in Reaktion auf den Beitrag von *Sabine Kropp* u.a. in Heft 4/2008 ein neues Instrument vor, um Demokratiequalität auf subnationaler Ebene, insbesondere in Schweizer Kantonen, zu messen.

Noch nie haben US-amerikanische Präsidentschaftswahlen ein derartiges weltweites Echo gefunden und auch die Bürger anderer Länder mobilisiert wie 2008, als sich mit *Barack Obama* der erste Afroamerikaner anschickte, das höchste Amt der USA zu erobern. Wohl selten sind an einen neuen Präsidenten solche Hoffnungen geknüpft worden wie an ihn, als er inmitten einer globalen Wirtschafts- und Finanzkrise die Nachfolge *George W. Bushs* antrat, dessen politische Bilanz nicht nur in den Augen der meisten Amerikaner verheerend ausfiel. In diesem Heft der ZParl befassen sich fünf Beiträge mit den Vereinigten Staaten. *Patrick Horst* analysiert den historischen Wettbewerb zwischen *Obama* und *Hillary Clinton* um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten. Er vermag in *Obamas* Sieg keinen innerparteilichen Aufstand gegen das Establishment zu erkennen, hält die Ausgangslage beider Kandidaten für etwa gleich günstig und die Behauptung, *Clintons* Kandidatur hätte eine Zerreißprobe für die Partei bedeutet, für übertrieben. Aber *Clintons* Siegchancen litten schließlich, so *Horst*, stärker unter dem Sexismus der amerikanischen Gesellschaft als *Obamas* unter ihrem Rassismus.

Warum es *Obama* gelang, das Weiße Haus zu erobern, erklärt *Bernhard Kornelius*. Dafür waren weniger strukturelle Veränderungen in gesellschaftlichen, sozialen oder demographischen Gruppen verantwortlich als vielmehr der Wunsch der meisten US-Amerikaner nach einem generellen Politikwechsel. So sehr dieser Wunsch *Obama* zum Sieg getragen hat, so schwer wird es für ihn werden, ihm im politischen Alltagsgeschäft zu entsprechen. Schon bei seiner Regierungsbildung, die *Andreas Falke* untersucht, haben sich Reibungsverluste gezeigt, die für das US-amerikanische Regierungssystem typisch sind. Und auch bei seinen ersten inhaltlichen Maßnahmen – dem Konjunkturpaket und der Budgetvorlage – bekam der neue Präsident bereits drastische Probleme zu spüren. *Falke* warnt davor, die Finanz- und Wirtschaftskrise gleichzeitig mit den ehrgeizigen innenpolitischen Strukturreformen in Angriff zu nehmen.

Günstiger als für die meisten Präsidenten nach dem Zweiten Weltkrieg schlägt für *Obama* zu Buche, dass er auf einen Kongress trifft, in dem Demokraten über die Mehrheit in beiden Häusern verfügen. Zwar könnte sich der Präsident also bei der Umsetzung seiner ehrgeizigen Reformziele auf solide Demokratische Mehrheiten in Repräsentantenhaus und Senat stützen; seine im Wahlkampf verkündete Absicht, den überparteilichen Konsens zu suchen, dürfte aber schwer zu verwirklichen sein, denn „die Republikanische Fraktion ist konservativer und die Demokratische Fraktion linksliberaler geworden“, wie *Michael Kolkmann* in seiner Analyse der Kongresswahlen 2008 resümiert. Ob unter diesen Rahmenbedingungen der Kongress Handlungs- und Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Exekutive zurückgewinnen kann, bleibt abzuwarten. Schon jetzt gibt es einen Vorstoß, der das Gegenteil bewirken könnte: Das Line-Item Veto soll wieder eingeführt werden, der Präsident also das Recht bekommen, einzelne Passagen aus Haushaltsgesetzen zu streichen. *Alexander Kühme* untersucht die Praxis in jenen eineinhalb Jahren, in denen *Bill Clinton* über diese Vetomöglichkeit verfügte. Sein Fazit: Als Bremse, wie gehofft, gegen allzu ausgabenfreudige Volksvertreter wirkte dieses Instrument nicht.

Abschließend ist eine traurige Pflicht zu erfüllen: Es ist Nachricht zu geben vom Tod *Hermann Josef Schreiners*. Schnell nach seinem Eintritt in die Redaktion der ZParl war er zu einem unverzichtbaren Ratgeber geworden; sein klares Urteil, seine angenehme Art, mit anderen Meinungen umzugehen, haben die Redaktion in höchstem Maße bereichert. Diesen Verlust werden wir lange nicht verschmerzen.

Suzanne S. Schüttemeyer